



## **Ausschuss für Bauen und Verkehr**

### **89. Sitzung (öffentlich)**

28. Januar 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:55 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |  |           |
|----------|--|-----------|
| <b>1</b> | <b>Rhein-Ruhr-Express</b>                        | <b>5</b>  |
|          | Vorlage 14/3172                                  |           |
|          | – Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr    |           |
|          | – Bericht durch Minister Lutz Lienenkämper (MBV) | 5         |
|          | – Aussprache                                     | 6         |
| <b>2</b> | <b>Unterfinanzierung der DB-Vorhaben in NRW</b>  | <b>14</b> |
|          | – Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr    |           |
|          | – Aussprache                                     | 14        |
| <b>3</b> | <b>Wohnraumförderungsprogramm 2010</b>           | <b>18</b> |
|          | – Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr    |           |

Ausschuss für Bauen und Verkehr  
89. Sitzung (öffentlich)

28.01.2010  
rt-beh

- Bericht durch Minister Lutz Lienenkämper (MBV) 18
  - Aussprache 21
  
- 4 Erstes Gesetz zur Änderung des Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetzes 24**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/9956

Ausschussprotokoll 14/1046

  - Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, dass der Antrag, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben, der weitergehende Antrag ist.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.
  
- 5 Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes (NachbG NRW) – Änderung des § 23 „Wärmedämmung und Einseitige Grenzwall“ 26**

Gesetzentwurf  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksachen 14/10145 und 14/ 10354

  - Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Ausschuss, den Gesetzentwurf abzulehnen.

<b>6</b>	<b>Wirtschaftsprüfungsbericht zur Einhaltung der Sozialcharta</b>	<b>30</b>
	Ausschussprotokoll 14/1009	
	– Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr	
	– Bericht durch Staatssekretär Günter Kozlowski (MBV)	30
	– Bericht durch RA Winter (WFG)	31
	– Aussprache	32
<b>7</b>	<b>Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Energierechts</b>	<b>35</b>
	Vorlage 14/3161	
	– Benehmensherstellung gemäß Vereinbarung der Fraktionen	
	Einstimmig stellt der Ausschuss das Benehmen her.	
<b>8</b>	<b>Äußerungen des stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Jochen Ott zu möglichen Zwangsenteignungen von Immobilieneigentümern</b>	<b>36</b>
	Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung am 25. Februar 2010 um 14 Uhr.	
<b>9</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Hafensicherheitsgesetzes</b>	<b>37</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/10435	
	– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen	
	Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Nichtbeteiligung der Grünen-Fraktion empfiehlt der Ausschuss, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.	
<b>10</b>	<b>PP-Projekte bei Landesstraßen</b>	<b>38</b>
	Vorlage 14/3165	
	– Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr	

Keine Wortmeldungen.

## 11 Auswärtige Termine

39

Der Ausschuss beschließt folgende Termine:

Auswärtige Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr  
am 29. April 2010 bei der Landesgartenschau in Hemer von  
10 Uhr bis 16 Uhr.

Informationsreise des Vorstands der Parlamentarischen  
Gruppe Bahn in die Schweiz vom 14. bis 17. März 2010.

\* \* \*

#### **4 Erstes Gesetz zur Änderung des Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/9956

Ausschussprotokoll 14/1046

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Wolfgang Röken** teilt mit, der Gesetzentwurf sei zur Mitberatung an den Ausschuss für Bauen und Verkehr überwiesen worden. Federführend sei der Haushalts- und Finanzausschuss, der hierzu eine öffentliche Anhörung durchgeführt habe. Das Protokoll hierzu liege bereits vor.

**Dieter Hilser (SPD)** findet es unvorstellbar, dass der Bauminister die Zuständigkeit für den in Rede stehenden Betrieb abgebe. Es handele sich um den einzigen landeseigenen Betrieb in Nordrhein-Westfalen, der selbst baue. Die Zuständigkeit für diesen Landesbetrieb gehe nun vollständig in die des Finanzministers über. Es stimme auch nicht, dass das Gutachten empfehle, die Zuständigkeit auf den Finanzminister zu übertragen. Das Gutachten empfehle lediglich eine Bündelung der Zuständigkeiten, lasse aber die Frage, wo die Bündelung erfolgen solle, offen.

**Heinz Sahren (CDU)** kündigt für seine Fraktion einen Änderungsantrag im Haushalts- und Finanzausschuss an, wonach das Bauministerium beteiligt werden solle, indem „Benehmen“ durch „Einvernehmen“ ersetzt werde, sodass die Interessen des Baubereichs Berücksichtigung fänden. Die vom BLB errichteten öffentlichen Bauten seien in besonderer Weise stadtprägend, weshalb auf Architektur und Städtebau hohen Wert gelegt werden müsse.

**Horst Becker (GRÜNE)** sagt, mit den Benehmens- bzw. Einvernehmensregelungen habe man in der Vergangenheit ja Erfahrungen gemacht. Umgekehrt müsse man auch bedenken, dass dann auch ein Einvernehmen des Finanzministers bei jeder einzelnen Angelegenheit notwendig sei. Dies halte er für eine deutliche Verschlechterung.

**StS Günter Kozlowski (MBV)** verweist auf die Ausgangssituation, in der das Bauministerium mitnichten das alleinige Sagen gehabt habe. Er begrüße aber, dass das Engagement des Ministers für das Thema Baukultur und die Initiativen des Bauministeriums in diesem Bereich dazu geführt hätten, das in Rede stehende Thema zu überdenken und eine Überarbeitung herbeizuführen. Es gehe darum, einen Betrieb mit einem gewaltigen Investitionsvolumen einer klaren und sauber definierten Aufsicht zu unterstellen. Die Fehler im damaligen BLB-Gesetz hätten dazu geführt, dass dieser Betrieb nicht in einer angemessenen Form beaufsichtigt worden sei. Dies

werde nun durch das in Rede stehende Gesetz korrigiert. Das Sahnehäubchen bestehe darin, dass das Bauministerium formal beteiligt werde.

**Heinz Sahren (CDU)** beantragt, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**Horst Becker (GRÜNE)** beantragt, über den Gesetzentwurf abzustimmen. Der Abgeordnete möchte wissen, ob nach der Geschäftsordnung des Landtags die Möglichkeit bestehe, einen Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**Vorsitzender Wolfgang Röken** antwortet, bei den Anträgen, den Gesetzentwurf ohne Votum an den Ausschuss abzugeben und über den Gesetzentwurf abzustimmen, handele es sich um gleichwertige Anträge. Insofern müsse zunächst darüber abgestimmt werden, welcher Antrag der weitergehende Antrag sei.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der **Ausschuss**, dass der Antrag, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben, der weitergehende Antrag ist.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der **Ausschuss**, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.